

Satzung zur Förderung von Kindern in
Tagespflege nach §§ 23 und 24
Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) des Kreises
Stormarn

Präambel

Aufgrund des § 4 der Kreisordnung für Schleswig-Holstein (KrO) in der Fassung vom 28.02.2003 (GVOBl. Schl.-H.S. 94), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 25.07.2025 GVOBl. 2025 Nr. 121 der §§ 22 bis 24 und 90 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.09.2012 (BGBl. I S. 2022), zuletzt geändert durch Gesetz vom 03.04.2025. (BGBl. I S. 107) m.W.v. 01.07.2025 sowie des Kindertagesförderungsgesetzes Schleswig-Holstein (KiTaG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.12.2019 (GVOBl. Schl.-H. S. 759), zuletzt geändert durch Art. 4 Gesetz vom 23.07.2025, GVOBl. 2025 Nr. 108, wird nach Beschlussfassung durch den Kreistag vom 12.12.2025 folgende Satzung zur Förderung von Kindern in Tagespflege nach §§ 23 und 24 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) des Kreises Stormarn erlassen:

Erster Abschnitt - Einleitung

§ 1 Anspruch auf Kindertagespflegeförderung

- (1) Der Anspruch auf Kindertagespflegeförderung besteht, wenn das betreute Kind in Tagespflege den Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt (§ 86 SGB VIII) im Kreis Stormarn hat.
- (2) Die Förderung von Kindern in Tagespflege ist nach § 2 Abs. 2 Ziff. 3 SGB VIII eine Leistung der Jugendhilfe. Der Kreis Stormarn, als Träger der öffentlichen Jugendhilfe (Jugendamt), hat eine Hinwirkungspflicht zur Ausgestaltung eines bedarfsgerechten Angebotes auch an Kindertagespflege.

Die Kindertagespflege und deren Inanspruchnahme werden in den §§ 22 bis 26 SGB VIII i.V.m. §§ 43 ff KiTaG näher beschrieben.

Kindertagespflege ist eine familienergänzende und -unterstützende Maßnahme zur Förderung der Entwicklung des Kindes, vorrangig in den ersten Lebensjahren, deren Inhalte insbesondere durch §§ 22 SGB VIII und 2 KiTaG definiert werden. Sie besteht gleichrangig neben der Förderung in Tageseinrichtungen und stellt ein eigenständiges Förderangebot dar, bei dem die Voraussetzungen der §§ 27 ff SGB VIII nicht vorliegen müssen.

- (3) Kindertagespflege wird für einen Teil des Tages, ganztags oder ggf. auch über Nacht entweder im Haushalt der Eltern oder einer geeigneten Tagespflegeperson geleistet, grundsätzlich können auch sonstige Räumlichkeiten in Frage kommen.
- (4) Kindertagespflege wird für Kinder längstens bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres gewährt.

Zweiter Abschnitt - Betreuung in der Kindertagespflege

§ 2 Voraussetzungen der Leistungsgewährung

- (1) Die Gewährung der laufenden Geldleistung erfolgt auf Grundlage der §§ 43 ff KiTaG.
- (2) Die Förderung in Kindertagespflege umfasst gemäß § 5 Abs. 6, Nr. 2a KiTaG die Vermittlung des Kindes zu einer geeigneten Kindertagespflegeperson, soweit diese nicht von der erziehungsberechtigten Person nachgewiesen wird.
- (3) Sofern die Kindertagespflegeperson ihren Anspruch auf die laufende Geldleistung an ihren Anstellungsträger abgetreten hat, zahlt der örtliche Träger die laufende Geldleistung gemäß § 44 Abs. 2 KiTaG an diesen aus.
- (4) Kindertagespflegeplätze werden für Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr gefördert. insbesondere wird ein Kind, das das erste Lebensjahr noch nicht vollendet hat, in Kindertagespflege gefördert, wenn
 1. diese Leistung für seine Entwicklung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit geboten ist oder
 2. die Eltern
 - a) einer Erwerbstätigkeit nachgehen, eine Erwerbstätigkeit aufnehmen oder Arbeit suchend sind,
 - b) sich in einer beruflichen Bildungsmaßnahme, in der Schulausbildung oder Hochschulausbildung befinden oder
 - c) Leistungen zur Eingliederung in Arbeit im Sinne des Zweiten Buches erhalten.

Ein Kind, das das erste Lebensjahr vollendet hat, hat bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres Anspruch auf frühkindliche Förderung in Kindertagespflege. Der Umfang der täglichen Förderung richtet sich für Kinder bis zum vollendeten dritten Lebensjahr nach dem individuellen Bedarf.

Ein Kind, das das dritte Lebensjahr vollendet hat, hat bis zum Schuleintritt Anspruch auf Förderung in einer Tageseinrichtung. Das Kind kann bei besonderem Bedarf oder ergänzend auch in Kindertagespflege gefördert werden. Ansonsten wird ein Rechtsanspruch von bis zu 5 Stunden täglich an 5 Tagen in der Woche (Mo - Fr) berücksichtigt.

Für ein Kind im schulpflichtigen Alter ist ein bedarfsgerechtes Angebot in einer Tageseinrichtung oder in der Schule zu nutzen. Das Kind kann bei besonderem Bedarf oder ergänzend auch in Kindertagespflege gefördert werden.

- (5) Die Betreuung durch Verwandte in gerader Linie und Verwandte in der Seitenlinie bis zum zweiten Grad ist gemäß § 43 Abs. 3 KiTaG keine Kindertagespflege.
- (6) Kindertagespflegepersonen müssen gemäß § 37 JuFöG im Besitz einer gültigen Kindertagespflegeerlaubnis sein.

§ 3 Antrag

- (1) Die Förderung in Kindertagespflege umfasst nach § 5 Abs. 6, Nr. 2c KiTaG die Gewährung einer laufenden Geldleistung an die Kindertagespflegeperson. Diese Förderung erfolgt auf Antrag der Tagespflegeperson ab dem ersten Tag des Monats, in dem der Antrag beim örtlichen Träger eingegangen ist; jedoch frühestens ab dem ersten Tag der Betreuung durch die Tagespflegeperson.

- (2) Der Antrag ist hinsichtlich des Betreuungsbedarfs und -umfangs von den Eltern mit zu zeichnen. Die Antragsformulare gibt das Jugendamt heraus.

§ 4 Verfahren

- (1) Liegen die Voraussetzungen für eine Förderung vor, erfolgt die Bewilligung in der Regel bis zur Vollendung des dritten Lebensjahres.

Die Förderung kann bei Bedarf mit gleichbleibender Wochenstundenbetreuung bis zum Ende des laufenden Kindergartenjahres erfolgen.

Erst- und Folgeanträge sind unverzüglich, spätestens jedoch 6 Wochen vor Ablauf des Bewilligungszeitraumes durch die Tagespflegeperson zu stellen.

- (2) Voraussetzung für die Gewährung der laufenden Geldleistung ist, dass der Umfang der Leistung mit dem Kindeswohl vereinbar ist und die Kindertagespflegeperson mitgeteilt hat, an welchen Tagen sie keine Leistung angeboten hat (Ausfallzeiten) oder dass die Förderung als beendet gilt.

Das Jugendamt stellt zu diesem Zwecke ein Dokumentationsblatt zur Verfügung. Zur Vereinfachung des Verwaltungsaufwandes ist es ausreichend, dieses Dokumentationsblatt als Nachweis dem Jugendamt quartalsweise (31.03., 30.06., 30.09. und 31.12.) vorzulegen. Diese Nachweise müssen bis spätestens zum 10. des Folgemonats des Quartals dem Jugendamt vorgelegt werden. Bei Beendigung des Betreuungsverhältnisses sind die Nachweise unverzüglich einzureichen.

Wird das Dokumentationsblatt nicht genutzt, hat die Mitteilung der Tagespflegeperson an das Jugendamt stets am Tage des Beginns und am Tage nach Beendigung jeder Ausfallzeit schriftlich zu erfolgen.

- (3) Die Zahlung der laufenden Geldleistung für Förderungsstunden bei einem Förderungsumfang über 40 Stunden erfolgt nur, sofern die Bedarfskriterien nach § 1 den Förderungsumfang erfordern oder die regelmäßige Inanspruchnahme des vereinbarten Förderungsumfangs nachgewiesen wurde.
- (4) Nach § 40 Abs.1 JuFöG hat die Pflegeperson hat den Beauftragten des Jugendamtes Auskunft über die Pflegestelle und das Kind zu erteilen. Den Beauftragten des Jugendamtes ist zu gestatten, Verbindung zu dem Kind aufzunehmen und die Räume, die zu seinem Aufenthalt dienen, zu betreten. Das Grundrecht der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13 Absatz 1 GG) wird insoweit eingeschränkt.

§ 5 Leistungsumfang

- (1) Das Jugendamt gewährt der geeigneten Kindertagespflegeperson für die Förderung eines Kindes eine laufende Geldleistung pro vereinbarter Förderungsstunde. Bei der Bemessung der laufenden Geldleistung ist der reguläre vereinbarte Förderungsumfang auch für Eingewöhnungszeiten mit geringerem Förderungsumfang maßgeblich.
- (2) Die Höhe der laufenden Geldleistung nach § 44 KiTaG wird auf der Grundlage der §§ 45 bis 47 KiTaG festgelegt und entspricht den dort festgelegten Mindestwerten.
- (3) Die Kindertagespflegeperson erhält den doppelten Anerkennungsbetrag und eine erhöhte Sachaufwandpauschale, soweit die Voraussetzungen nach § 45 Absatz 2 KiTaG vorliegen.

- (4) Der Anerkennungsbetrag pro Kind und Stunde entspricht dem Mindestbetrag nach § 46 Abs. 1 KiTaG.

Weist die Kindertagespflegeperson nach, dass sie vertiefte Kenntnisse hinsichtlich der Anforderungen der Kindertagespflege in einem qualifizierten Lehrgang mit mindestens 300 Unterrichtsstunden erworben hat oder über eine pädagogische Berufsausbildung verfügt oder eine Weiterbildung zur Fachkraft für frühkindliche Pädagogik vorweist, entspricht der Anerkennungsbetrag dem Mindestbetrag nach § 46 Abs. 2 KiTaG.

- (5) Die Pauschale für den angemessenen Sachaufwand pro Kind und Stunde entspricht dem Mindestbeitrag nach § 47 Abs. 1 Nr. 1-3 KiTaG.

Die erhöhte Sachaufwandpauschale entspricht dem Mindestbeitrag nach § 47 Abs. 2 Nr. 1-3 KiTaG. Die Höhen für den Anerkennungsbetrag nach Absatz 4 und die Sachaufwandpauschale nach Absatz 5 werden durch Rechtsverordnung des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Jugend, Familie und Senioren des Landes Schleswig-Holstein, gem. § 55 KiTaG angepasst.

Die Werte werden kaufmännisch gerundet.

- (6) Die Kindertagespflegeperson können mit Ausnahme eines angemessenen Entgelts für die Verpflegung und einer Auslagenerstattung für Ausflüge keine zusätzlichen Elternbeiträge verlangen. Vergütungen aufgrund eines Arbeitsverhältnisses zwischen den Eltern und der Kindertagespflegeperson sind keine Elternbeiträge. Entgegen Satz 1 verlangte Elternbeiträge werden auf die laufende Geldleistung angerechnet.
- (7) Der gewährte Stundensatz enthält keine Leistungen für Verpflegung in der Tagespflegestelle. Verpflegungsgeld zieht die Tagespflegeperson ggf. direkt von den Eltern ein.

§ 6 Fehlzeiten

- (1) Gem. § 44 (3) KiTaG erfolgt die Zahlung der laufenden Geldleistung bis zur Beendigung der Förderung des Kindes auch für Zeiten, in denen das Kind die angebotene Leistung nicht nutzt.

Die Förderung gilt als beendet, wenn

1. das Kind ohne vorherige Benachrichtigung der Kindertagespflegeperson länger als vier Wochen in Folge die Leistung nicht nutzt,
2. das Kind mit vorheriger Benachrichtigung der Kindertagespflegeperson länger als sechs Wochen in Folge die Leistung nicht nutzt, ohne dass ein triftiger Grund glaubhaft gemacht wird, oder
3. das Kind die Leistung länger als acht Wochen in Folge nicht nutzt, es sei denn, das Jugendamt sieht zur Vermeidung unbilliger Harten von der Beendigung der Förderung ab.

Die Zahlung der laufenden Geldleistung wird an gesetzlichen Feiertagen sowie an Heiligabend und Silvester fortgezahlt.

- (2) Die Tagespflegeperson hat sich bei Fernbleiben des Kindes unverzüglich zu vergewissern, dass das Betreuungsverhältnis fortbesteht.
- (3) Die Ausfallzeiten beginnen mit dem ersten Tag des Fehlens des Kindes.
- (4) Die Eltern sind für alle Ausfallzeiten kostenbeitragspflichtig, in denen Vertretung angeboten wurde und keine Erklärung nach § 7 Abs. 4 vorliegt.

(5) Die Eltern und die Tagespflegeperson sind verpflichtet, jede Änderung im Tagespflegeverhältnis unverzüglich dem Jugendamt mitzuteilen, dies gilt insbesondere für

- Fehl- und Ausfallzeiten, einschließlich der betreuungsfreien Zeiten,
- Änderung im Betreuungsumfang / Beendigung der Betreuung,
- Umzug / Wegzug der Kindeseltern

§ 7 Vertretungsmodell

(1) Gemäß §§ 23 Abs. 4 SGB VIII i.V.m. § 48 KiTaG schafft der Kreis Stormarn ein System aus Vertretungsmodellen.

(2) Die Tagespflegeperson kann zwischen folgenden Optionen wählen:

1. Die Tagespflegeperson organisiert die Vertretung selbst. Sie erhält dafür einen Einmalbetrag in Höhe von 200 €, sofern die Vertretungskraft namentlich benannt wurde und eine Vertretungserlaubnis im Sinne von Satz 3 erteilt wurde.

Für 2 Kontaktstunden pro Woche sowie die tatsächlich geleisteten Vertretungsstunden erhält die Vertretungsperson den ihrer Qualifikation entsprechenden Anerkennungsbetrag zusätzlich.

Die Vertretungskraft muss sich einer Eignungsprüfung unterziehen. Die Eignung der Vertretung wird von der Tagespflegeaufsicht des Kreises Stormarn festgestellt.

Die Vertretungsperson muss insbesondere

- namentlich benannt sein,
- die Bereitschaft besitzen, dauerhaft im Vertretungsfall zur Verfügung zu stehen (insbesondere bei kurzfristigem Ausfall),
- geeignet sein i.S.v. § 23 Abs. 3 SGB VIII bezogen auf die persönlichen Eigenschaften, die Sachkompetenz und Kooperationsbereitschaft mit Erziehungsberechtigten und Tagespflegepersonen,
- ein erweitertes Führungszeugnis ohne Eintragungen vorlegen,
- ärztliche Unbedenklichkeitsbescheinigung,
- Nachweis über einen Erste-Hilfe-Kurs am Kind,
- Nachweis über Masernschutz,
- eine Belehrung über Infektionsschutz,
- Vereinbarung nach §§ 8a, 72a SGB VIII vorweisen können.

Der Nachweis der pädagogischen Eignung erfolgt durch einen Qualifizierungskurs für Vertretungspersonen.

Die Vertretungspersonen sollen die Möglichkeit haben, kostenlose Fortbildungen über den Verein Kindertagespflege Stormarn e.V. zu besuchen und ihre Kenntnisse zu erweitern.

Nach erfolgter Prüfung erhält die Vertretungsperson eine Vertretungserlaubnis.

Die Vertretungsperson erhält die hälftige Erstattung der Kranken-, Pflege- und

Rentenversicherungsbeiträge sowie zur Unfallversicherung.

2. Eine Kindertagespflegeperson wird Vertretungsstützpunkt und betreut Kinder im Vertretungsfall
 - b. in ihrem eigenen Haushalt oder
 - a. im Haushalt der Kindertagespflegeperson.

Dies wird per Kooperationsvereinbarung festgelegt.

Der Kontaktaufbau soll zwischen Vertretungskraft und den kooperierenden Tagespflegestellen soll 2 Stunden wöchentlich stattfinden. Im Fall der Nr. 2 a müssen Eltern und Kinder die Gelegenheit haben, auch den Haushalt der Vertretungskraft kennenzulernen bzw. in regelmäßigen Abständen aufzusuchen.

Es sollen 5 Kooperationen gebildet werden. Die Entfernung zum Stützpunkt bei Betreuung im Haushalt der Vertretung sollte jedoch nicht größer als 10 km zur Stamm-Kindertagespflegeperson sein.

Die Vergütung erfolgt sowohl für den Kontaktaufbau als auch für die Vertretung. Außerdem wird eine Sachkostenpauschale im Fall Nr. 2a geleistet, sowie die Erstattung der Fahrkosten. Der Tagespflegeverein Stormarn e.V. soll bei der Bildung von Stützpunkten unterstützen.

Die Zahlung der Ausfalltage nach § 44 Abs. 5 KiTaG erfolgt unabhängig von der Vertretung an die Vertretungsperson.

- (3) Die Zahlung erfolgt auf Antrag monatlich im Folgemonat rückwirkend. Die Zahlung erfolgt für jedes geförderte Kind der vertretenden Kindertagespflegestelle, ausgenommen, es liegt eine Erklärung nach Absatz 4 vor.
- (4) Eltern können erklären, dass sie keine Vertretung wünschen. Dies hat zur Folge, dass sie die Betreuung ihres Kindes im Falle des Ausfalles der Tagespflegeperson selbst organisieren müssen. Die Erklärung kann bei Bedarf mit einer Frist von 3 Monaten widerrufen werden.
- (5) Die Vertretungsmodelle unterliegen der laufenden Evaluation und können bei Bedarf angepasst werden.

§ 8 Sozialversicherung

- (1) Der Tagespflegeperson werden auf Antrag die nachgewiesenen Aufwendungen für Beiträge gem. § 44 Abs. 1 Nr. 3 KiTaG erstattet.
- (2) Hinsichtlich der Beurteilung, welche Aufwendungen zur Alterssicherung als angemessen anzuerkennen sind, orientiert sich das Jugendamt des Kreises Stormarn am Mindestbeitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung, soweit keine Rentenversicherungspflicht besteht. Neuanträge, Folgeanträge und Änderungen der Versicherungsbeiträge sind dem Jugendamt unverzüglich, spätestens binnen eines Monats nach Erhalt des Bescheides des Sozialversicherungsträgers, vorzulegen.

§ 9 Pädagogische Fortbildungen

Fortbildungen nach § 46 Absatz 3 KiTaG dienen der Erweiterung der bereits vorhandenen Kenntnisse. Eine Unterrichtseinheit umfasst mindestens 45 Minuten. Die Prüfung und Anerkennung obliegt dem örtlichen Träger.

Die Nachweise der absolvierten Fortbildung sind dem örtlichen Träger eigenständig unverzüglich einzureichen.

§ 10 Zahlungsweise

Die Förderung wird bis zum 3. Werktag des Monats im Voraus an die Tagespflegeperson gezahlt.

§ 11 Kindertagespflege außerhalb des Kreises Stormarn

- (1) Kinder aus dem Kreis Stormarn können ebenfalls in Kindertagespflege außerhalb des Kreises betreut und gefördert werden.
- (2) Die Geldleistung an die Kindertagespflegepersonen außerhalb des Kreises Stormarn wird auf Grundlage dieser Satzung gewährt.

Dritter Abschnitt - Heranziehung zu den Kosten

§ 12 Kostenbeitrag der Eltern

- (1) Für die Inanspruchnahme der Förderung in Kindertagespflege werden Kostenbeiträge festgesetzt. § 31 KiTaG wird entsprechend angewendet.
- (2) Der Kostenbeitrag ist an das Jugendamt zu zahlen.

Der Kostenbeitrag pro wöchentlicher Betreuungsstunde entspricht den in § 31 Abs. 1 KiTaG festgesetzten Höchstbeträgen.

§ 13 Ermäßigung

- (1) Zur Ermäßigung der Kostenbeiträge findet die Satzung des Kreises Stormarn für eine Sozialstaffel für die Inanspruchnahme von Kindertagesbetreuungen Anwendung.
- (2) Die Ermäßigungen von Kostenbeiträgen für die Betreuung in Kindertagespflege werden auf Antrag bei der Festsetzung des Kostenbeitrags der Eltern berücksichtigt.

§ 14 Mitwirkungspflichten

Sowohl die Eltern als auch die Tagespflegeperson unterliegen der Mitwirkungspflicht aus §§ 60 ff des Sozialgesetzbuches I (SGB I). Die Tagespflegeperson und die Eltern haben jede Änderung im Betreuungsverhältnis mitzuteilen, insbesondere die Beendigung. Eine unterlassene Mitteilung entscheidender Änderungen kann zu einer unverzüglichen Beendigung der Förderung und zu einer Rückzahlungsverpflichtung der Beteiligten führen.

Bei Nichtzahlung des Kostenbeitrages durch die Personensorgeberechtigten, sowie der Nichtzahlung bei Rückforderung von Pflegegeld oder von Sozialversicherungsbeitragserstattungen durch die Tagespflegeperson, erfolgt die

öffentlich-rechtliche Zwangsvollstreckung durch das Jugendamt.

Mangelnde Mitwirkung wird der Tagespflegeaufsicht des Kreises Stormarn gemeldet.

Vierter Abschnitt - Schlussbestimmungen

§ 15 Datenschutzklausel

Die Rechtsgrundlagen für die Erhebung und die Speicherung von Daten ergeben sich aus dem SGB VIII, aus dem Schleswig-Holsteinischen Gesetz zur Förderung von Kindern in Tagespflegestellen, sowie aus dieser Satzung. Es werden nur Daten gespeichert, die im Zusammenhang mit der Forderung der Kindertagespflege und deren Inanspruchnahme sowie der Heranziehung zu den Kosten notwendig sind. Die Daten werden in einem zweckmäßigen EDV-Verfahren gespeichert. Eine Weitergabe erfolgt nicht ohne ausdrückliche Einwilligung der Betroffenen. Ausgenommen ist der Zahlungsverkehr mit der Buchhaltung.

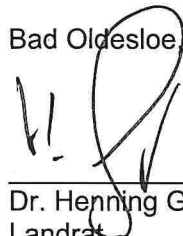
Die am 25. Mai 2018 in Kraft getretene EU-Datenschutzverordnung (DSGVO) findet in allen Bereichen dieser Satzung Anwendung und Beachtung.

§ 16 Inkrafttreten

Diese Satzung tritt zum 01.01.2026 in Kraft. Sie ersetzt die Satzung des Kreises Stormarn zur Forderung von Kindern in Tagespflege nach § 23 Sozialgesetzbuch (SGB) VIII vom 01.01.2024.

Die vorstehende Satzung wird hiermit ausgefertigt und ist bekannt zu machen.

Bad Oldesloe, den 23.12.2025



Dr. Henning Görtz
Landrat